

den-



Vekselberg spielte lange den Geldonkel. Jetzt hat er die Geduld verloren.

Vor Vekselberg konnte es nicht besser!

eschleunigungs-» gegen die SVP

vision hat raschere Verfahren und damit schnellere Entscheidung für Asylsuchende zum Ziel. **Im Gegenzug wird allen Gesuchstellern ein unentgeltlicher Rechtsberater zur Seite gestellt.**

Grund genug für die SVP, das Referendum zu ergreifen. Mit dem Slogan «Gegen Gratisanwälte für alle Asylbewerber» sammelte die SVP über 65 000 Unterschriften. Die Rechtsvertretung führe zu mehr Rekursen und damit höheren Kosten im Asylbereich, behauptet die SVP.

«Die Rechtsvertreter werden pauschal mit 1200 Franken pro

Fall abgegolten. Da gibt es keinen finanziellen Anlass, zu blöterle und ein Verfahren zu verzögern», kontert Fiala. «Das Gegenteil ist der Fall: **Chancenlose Beschwerden werden gar nicht erst eingereicht.** Die Rechtsvertreter sind damit also viel mehr und nachweisbar Beschleunigungs-Anwälte!»

Gratisanwalt versus Beschleunigungs-Anwalt. Fiala wählt den Gegenbegriff bewusst. **Im Abstimmungskampf kann die Deutungsheftigkeit rasch einmal wichtig werden.** Wie bei der Durchsetzungs-Initiati-

POLITIK & WIRTSCHAFT

Schweizer essen weniger Schokolade

Bern – Die 18 Schweizer Schokoladen-Hersteller verkauften 2015 zum zweiten Mal in Folge weniger Schokolade. Die Verkaufsmenge ging laut Verband Chocosuisse um 1,3 Prozent auf 181 414 Tonnen zurück. Um 600 Gramm auf 11,1 Kilo schrumpfte auch der Pro-Kopf-Konsum in der Schweiz im 2015.

Neumieten sollen nicht mehr steigen

Zürich – In den letzten Jahren kannten die Mietpreise in der Schweiz nur eine Richtung: nach oben. Dieser Trend könnte nun stoppen, wie Ökonomen der Credit Suisse erwarten. Ein Grund sei der geringere Zustrom von Arbeitsmigranten, heisst es in einer neuen Studie. Wie gestern ebenfalls bekannt wurde, verharret der für den Mietzins massgebende Referenzzinssatz auf rekordtiefen 1,75 Prozent. Mieter können daher auf keine zusätzlichen Zinssenkungen hoffen.

Schindler baut 120 Stellen ab

Ebikon LU – Der Lifthersteller streicht an seinem Hauptsitz in Ebikon 120 Stellen. Betroffen ist die Produktion von Aufzugskomponenten für den globalen Markt. Kündigungen könnten nicht ausgeschlossen werden, teilte das Unternehmen gestern mit.

Modekette Blackout sucht weiter Käufer

Oensingen SO – Die Schweizer Modekette Blackout, die wegen eines Liquiditätspasses vor dem Aus steht, hat bisher elf Filialen geschlossen. 18 Personen erhielten die Kündigung. Derweil wird weiter nach Käufern gesucht, wobei es einen Hauptinteressenten geben soll.

Ernährungs-Initiative kommt zustande

Bern – Die Volksinitiative für Ernährungssouveränität der Bauerngewerkschaft Uniterre wird am 30. März eingereicht. Schon über 125 000 Unterschriften wurden gesammelt. Das Begehren zielt auf eine ökologischere einheimische Landwirtschaft.

Börse & Devisen

SMI	7962.2 (+1.5%)	↗
DOW JONES	16 865.1 (+2.1%)	↗
EURO/CHF	1.08	→
USD/CHF	1.00	→
GOLD	39 528 Fr./kg	↗
ERDÖL	37.08 \$/Fass	↗



FDP-Nationalrätin Doris Fiala (ZH) kämpft für das neue Asylgesetz.

ve, welche die Gegner konsequent als Verschärfungs-Initiative betitelten. Oder umgekehrt die SVP, welche die Härtefallklausel zur Täterschutzklausel umzudefinieren versuchte.

Fiala ist optimistisch, dass das neue Gesetz klar angenommen wird. **«Letzten Sonntag hat das Stimmvolk die rote Linie gezogen – und wird es auch im Juni wieder tun.»** Ruedi Studer

Rückzug des EU-Beitritts gesuchs

FDP drängt, Burkhalter bockt



Schreib mal wieder! Auftrag an Bundesrat Didier Burkhalter.

Foto: Keystone

Die kurze Notiz ist legendär und hat die EWR-Abstimmung von 1992 mitentschieden: **Kurz vor dem Umengang reichte der Bundesrat bei der damaligen EG ein Gesuch um Beitrittsverhandlungen ein.** Seither verstaubt der Brief in einer Schublade in Brüssel. Damit soll Schluss sein. Der Nationalrat entschied gegen den Willen der Regierung, **dass die Schweiz das Gesuch formell zurückziehen soll.** Aussenminister Didier Burkhalter erklärte vergeblich, dass dieses gegenstandslos sei.

Nicht einmal seine Partei erhöhte ihn – die FDP stellte sich hinter den Vorstoss von SVP-Politiker Lukas Reimann. Burkhalter ahnte wohl, dass es so kommt und meinte am Schluss seines Votums, man könne auch Ja stimmen und so die Sache erledigen.

FDP-Fraktionschef Ignazio Cassis will nichts davon wissen, dass seine Leute ihrem Bundesrat in den Rücken gefallen seien. **Man habe bloss «eine Leiche bestattet».** Sie hätten Bundesrat Burkhalter damit beauftragt, «einen Brief nach Brüssel zu schicken, damit die Sache endgültig erledigt ist.»

Burkhalter meinte lakonisch, dass die EU das Schreiben von 1992 wohl gar nicht mehr finden werde. **Für Cassis ist aber klar: «Solche Symbole sind wichtig!»** Das sieht auch Reimann so. Er ist überzeugt, dass die Botschaft in Brüssel ankommen

werde. «Denn faktisch sind wir in den Augen vieler EU-Funktionäre noch immer Beitrittskandidat», so der St. Galler. Tatsächlich stand in der Wandelhalle die Frage im Raum, wie Brüssel den Entscheid auffasst. **Cassis glaubt nicht, dass die Verhandlungen um die Zuwanderung damit erschwert würden.** CVP-Nationalrätin Kathy Riklin, die sich der Stimme enthielt, sagt aber: **«Der Nationalrat hat entschieden, ohne Not Öl ins Feuer zu giesen.»**

Ex-Diplomat Tim Guldimann (SP) spricht von einem «dummen Nachtreten, das niemandem etwas bringt». Einen Aufstand werde es in Brüssel deswegen aber nicht geben. Das oberste Ziel sei für die Schweiz der Erhalt des bilateralen Wegs. «Es ist aber leider gut möglich, dass wir unsere Beziehungen mit der EU an die Wand fahren», sagt er. Und ergänzt, die Schweiz werde für eine Lösung «mit Abstrichen an der Souveränität einen hohen Preis bezahlen». Heute sei ein Beitritt zwar kein Thema, aber: **«In beiden Fällen kann ich mir vorstellen, dass dann in einem neuen Licht über den Beitritt diskutiert wird.»** Die SP stimmte geschlossen gegen den Rückzug.

Christof Vuille

Das meint Blick

Christof Vuille
Bundeshausredaktor
christof.vuille@ringier.ch

Bittere Pille für die SVP

Ein Schweizer Beitritt zur EU geniesst in der Bevölkerung absolut keinen Rückhalt. Das wissen auch die Politstrategen in der Mitte. Vor den Wahlen bekräftigten sie ihre Position – und handelten gestern konsequent. Hätten FDP und CVP dafür gestimmt, den ominösen Brief weiter in Brüssel schubladisiert zu lassen, hätte die SVP sie genüsslich als heimliche EU-Befürworter abkanzeln können. Seit Jahren ist der angeblich schleichende EU-Beitritt nämlich eines ihrer Lieblingsthemen. Um die These zu untermauern, argumentierte Blocher immer wieder gerne mit dem verstaubten Schreiben aus dem Jahr 1992.

Das ist mit diesem Entscheid nun vorbei. Der Ständerat tut gut daran, ihn zu bestätigen und der SVP so den Wind aus den Segeln zu nehmen. Angst vor Brüssel muss er dabei kaum haben. Auch EU-Funktionäre werden erkennen, dass es sich bloss um einen innenpolitischen Schachzug handelt. So dürfte auch Didier Burkhalter argumentieren. Die Aufgabe mag ihm zwar lästig sein, doch mittelfristig kann auch er profitieren.

Zürich vergrault Jungunternehmer

Zürich – Zürich lobt sich als Kanton der Start-ups, während Jungunternehmer von einer Steuerhölle reden. Heute hat ihnen der Kanton eine Entlastung in den ersten Geschäftsjahren angekündigt. Zufrieden zeigen sich die Jungunternehmer nicht. **«Das ist eine Scheinlösung und zielt am eigentlichen Problem vorbei»**, sagt Stefan Steiner (32) vom Institut für Jungunternehmer.

Der Kanton will Start-ups in den ersten drei Geschäftsjahren neu nach dem Substanzwert veranlagen. Damit fallen die durch Investoren bezahlten Aktienpreise ausser Betracht. Diese wurden bis jetzt auf die restlichen Aktien übertragen, womit die Gründer auf dem Papier plötzlich ein grosses Vermögen

besaßen. Doch Einnahmen, um die Vermögenssteuern zu zahlen, hatten sie meist keine. Die Start-up-Unternehmer sind dennoch nicht zufrieden. Steiner: «Die Frist von drei Jahren ist viel zu kurz.» **Jungfirmen bräuchten mindestens fünf bis sieben Jahre, um operativen Gewinn zu schreiben.** Gegen die Kritik wehrt sich SVP-Regierungsrat Ernst Stocker (60). Man habe den gesamten Spielraum des Gesetzes ausgenutzt. «Wir können für Start-ups keine Ausnahmen machen, als wären sie irgendeine besondere Spezies.» Der Kanton investiere viel in die Standortattraktivität. «Wenn jemand dank dessen Geld verdient, dann muss er auch seinen Beitrag dazu leisten.» Onur Ogul